

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

22.05.2015

Ausschussbetreuender Fachbereich

Bildung, Kultur, Schule und Sport

Schriftführung

Petra Weymans

Telefon-Nr.

02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Mittwoch, 04.03.2015

Sitzungsort

Schulmuseum Bergisch Gladbach, Kempener Straße 187, 51467 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:18 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 26.11.2014 - öffentlicher Teil -
0054/2015**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6 Sachstand Schulsanierungen**

- 7 Wahl eines Ausschussmitgliedes mit beratender Stimme als Vertreterin oder Vertreter der Schulen nach § 85 SchulGNW**
0057/2015
- 8 Planung des Außerunterrichtlichen Angebotes für das Schuljahr 2015/16**
0029/2015
- 9 Anträge der Fraktionen**
- 9.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.02.2014 zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets (SGB II)**
0393/2014
- 9.2 Antrag auf Untersuchung städtischer Kunstbestände auf NS-Raubkunstverdacht**
0056/2015
- 9.3 Prüfauftrag an die Verwaltung, Räume des ehemaligen Ratskellers Bensberg als Archiv für das Bergische Museum bereitzustellen**
0082/2015
- 10 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Neu eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Herr Neu begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Er dankt Herrn Dr. Joerßen, Vorsitzender des Fördervereins des Schulmuseums Bergisch Gladbach e.V., für die Einladung, in den Räumen des Schulmuseums zu tagen. Dieser Bitte sei der Ausschuss gerne nachgekommen.

Herr Neu teilt mit, es sei ein Antrag der CDU- und SPD-Stadtratsfraktion eingegangen, der einen Prüfauftrag an die Verwaltung beinhalte, die Räume des ehemaligen Ratskellers Bensberg als Archiv für das Bergisch Museum bereitzustellen. Dieser Antrag sei allerdings nicht fristgerecht eingegangen. Er beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um diesen Antrag unter TOP 9.3.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport beschließt einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion AfD die Tagesordnung entsprechend zu erweitern.

Herr Neu tritt in die Tagesordnung ein.

Herr Dr. Speer, beratendes Mitglied des Stadtverbandes Kultur wird unter Verlesung des Verpflichtungstextes vom Vorsitzenden eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Frau Bischoff hat eine Nachfrage zu TOP 9 – Haushalt 2015 in der Niederschrift. Auf Seite 9 sei bei Anmerkung der Verwaltung zur Produktgruppe Stadtbücherei zur Frage nach den gestiegenen Personalkosten u.a. erklärt, es habe eine Stundenerhöhung von Teilzeitbeschäftigten um 15 Std. gegeben. Hier möchte sie gerne eine weitere Erklärung haben.

Herr Pütz führt aus, es gebe eine Mitarbeiterin, die sowohl in der Stadtbücherei als auch im Rechtsamt eingesetzt sei. Hier habe es zugunsten der Stadtbücherei eine Verschiebung gegeben. Für die Verwaltung wirke sich diese Stundenverschiebung kostenneutral aus.

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 26.11.2014 - öffentlicher Teil - 0054/2015**

Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

4. **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

Der Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Mumdey teilt mit, es gebe einen Vertrag mit der GL-Service gGmbH über bestimmte Grundleistung für das Bergische Museum wie z.B. Reinigung und Hausmeisterdienste, der nun auslaufe. Er werde diesen Vertrag entsprechend verlängern.

6. **Sachstand Schulsanierungen**

Herr Neu begrüßt Herrn Martmann und bittet ihn einen Sachstand über die Schulsanierungen zu geben.

Herr Martmann teilt mit, derzeit gebe es drei größere Maßnahmen: die Sanierung des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums, des Schulkomplexes Saaler Mühle (Otto-Hahn-Realschule und Otto-Hahn-Gymnasium) und der großen Dreifachturnhalle in Herkenrath. Zur Sanierung der Turnhalle in Herkenrath führt er aus, dass mit der Sanierung vor den Sommerferien begonnen werde. Diese solle nach den Sommerferien 2016 abgeschlossen sein. Es seien keine großen Schwierigkeiten bei dieser Maßnahme zu erwarten. Bei der Schulsanierungsmaßnahme Nicolaus-Cusanus-Gymnasium sei der Planungsauftrag vergeben. Derzeit befinde man sich in der Abstimmungsphase über die Sanierung und den Zeitplan. Es werde versucht, die Ideen der Schule und der Pädagogen miteinzubeziehen. Nach Abschluss dieser Phase wird ein Vorentwurf erstellt und eine Kostenschätzung aufgestellt. Erst mit dieser Kostenschätzung wisse man dann konkret, ob die veranschlagten Mittel ausreichen oder nicht. Bei der Sanierung des Schulkomplexes Saaler Mühle habe der Angriff auf die Vergabe zu einer Zeitverzögerung geführt. Die Abstimmung mit dem beauftragten Planungsbüro und den beiden Schulleitungen habe bereits stattgefunden. Diese habe u.a. zu Veränderungen der Grundrisse geführt. Auch würden die Funktion des Gebäudes und die Nutzung der Aula verbessert. Derzeit werde die Kostenschätzung mit belastbaren Zahlen erstellt. Sollten alle Maßnahmen umgesetzt werden, könnte dies zu einer Erhöhung der Sanierungskosten führen. Der Infrastrukturausschuss werde entsprechend informiert. Zusätzlich sei zu überlegen, ob die Fassade des Gebäudes mitsaniert werde. Diese sei zuletzt vor ca. 20 Jahren saniert worden. Energetisch und auch bei den Anforderungen an das Raumklima habe sich im Lauf der Zeit viel geändert. Sollte die Fassade in die Sanierung mit einbezogen werden, werde dies zu einer Finanzdiskussion führen, da dann die veranschlagten 18 Mio. Euro voraussichtlich nicht ausreichen. Er hoffe innerhalb der nächsten Monate eine konkrete Vorlage vorlegen zu können.

Herr Kraus möchte gerne wissen, wie hoch die Mehrkosten seien und ob der Zeitplan der Gesamtbauphase ab Baubeginn bei vier Jahren bleibe.

Herr Martmann erklärt, jetzt einen Betrag zu nennen sei unseriös. Er rechne aber mit einem siebenstelligen Betrag, über den dann zu diskutieren sei. Auf Grund des komplexen Baukörpers seien Einsparungen z.B. in einzelnen Geschossen kaum möglich. Er bitte den Ausschuss auf die Vorlage belastbarer Zahlen zu warten. Der Zeitplan sei durch den Angriff auf die Vergabe derzeit um ein Jahr verschoben. Die Entwurfsarbeit zur Kostenermittlung und die neue Finanzierungsdiskussion würden auch zu weiteren Verzögerungen führen. Wie viel Zeit verloren gehe, könne er derzeit nicht genau sagen.

Herr Komenda möchte gerne wissen, ob die finanzielle Belastung durch die beiden großen Schulsanierungen noch Spielraum lasse für kleine Maßnahmen an anderen Schulen.

Herr Martmann sieht durch die großen Sanierungsmaßnahmen keine großen Spielräume, außer sie erhielten weitere Mittel, wie z.B. durch ein neues Konjunkturpaket. Mittelfristig sehe er keine Möglichkeiten für weitere größere Baumaßnahmen. Es gebe für Brandschutzmaßnahmen separate Mittel im Investitionsplan. Kleinere Maßnahmen wie z.B. eine Toilettensanierung oder eine Schulhofüberdachung in der Größenordnung zwischen 100.000 und 300.000 € könnten evtl. durchgeführt werden. Zusätzlich seien auch noch durch die Umsetzungen aus den technischen Prüfverordnungen und der Sonderbauverordnung eine Reihe von investiven Maßnahmen zu erwarten. TÜV und DEKRA prüften derzeit flächendeckend die Anlagen. Sobald das Ergebnis vorliege, werde ein Umsetzungskonzept erstellt.

Herr Mumdey weist ergänzend auf den Kreditdeckel für die nicht rentierlichen Maßnahmen hin. Die Entscheidung über die durchzuführenden Infrastrukturmaßnahmen treffe letztendlich der Rat.

Herr Willnecker möchte gerne wissen, ob die Turnhalle in Paffrath - wie vorgesehene - Ende Mai fertiggestellt sei.

Herr Martmann erklärt, derzeit werde der Boden gelegt. Er rechne mit einer Fertigstellung Mitte dieses Jahres. Die Einweihung könne dann nach den Sommerferien stattfinden.

7. **Wahl eines Ausschussmitgliedes mit beratender Stimme als Vertreterin oder Vertreter der Schulen nach § 85 SchulGNW**
0057/2015

Herr Neu teilt mit, die Schulleitungskonferenz habe am 23.02.2015 Herrn Florian Lambertz (Leiter der Gemeinschaftsgrundschule An der Strunde) und Herrn Felix Bertenrath (Leiter der Otto-Hahn-Realschule) benannt. Herr Lambertz und Herr Bertenrath seien anwesend. Er bittet die beiden, sich kurz vorzustellen.

Herr Bertenrath und Herr Lambertz stellen sich vor.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgende Beschlussempfehlung:

Auf Vorschlag der Schulleitungskonferenz der städtischen Schulen vom 23.02.2015 wird Herr Florian Lambertz (Leiter der Gemeinschaftsgrundschule An der Strunde) als Mitglied des ABKSS mit beratender Stimme berufen. Als persönlicher Vertreter wird Herr Felix Bertenrath (Leiter der Otto-Hahn-Realschule) berufen.

8. Planung des Außerunterrichtlichen Angebotes für das Schuljahr 2015/16
0029/2015

Herr Göbels hat eine Frage zu Tabelle 2 - Versorgungsrate nach Stadtbezirken (Seite 12). Für den Bezirk 4 (Stadtteile Herkenrath, Asselborn und Bärbroich) seien 90 OGS-Plätze angegeben. Diese Anzahl sei wohl auf Grund des ländlichen Gefüges so niedrig. Die Versorgungsrate liege aber nur bei 43,1 %. Er möchte gerne wissen, ob es dafür einen Grund gebe.

Herr Pütz erklärt, im Bezirk 4 sei die Nachfrage nicht so hoch wie in den anderen Bezirken.

Auf die Frage von Frau Glamann-Krüger, ob daraus zu schließen sei, dass in diesem Bezirk dann 56,9 % keinen OGS-Platz erhalten hätten, antwortet Herr Pütz, diese Schlussfolgerung könne man nicht ziehen. In diesem Bezirk sei die Nachfrage befriedigt worden. Es gebe keine höhere Nachfrage.

Herr Schütz möchte gerne wissen, wie sich die Versorgungsrate, die im Schuljahr 2014/2015 bei 62,5 % liege, in den letzten Jahren entwickelt habe. Ferner stehe unter Ziffer 2 – Planung auf der Basis von Trägergesprächen (Seite 13, letzter Absatz), dass an verschiedenen Standorten nicht alle Kinder, für die Eltern dies wünschten, einen Platz im Außerunterrichtlichen Angebot bekämen. Es würde ihn interessieren, auf welcher rechtlichen Grundlage bzw. nach welchen Kriterien die Vergabe der OGS-Plätze erfolge. Zuletzt möchte er wissen, wie hoch die Landesmittel seien.

Herr Pütz erläutert, die Versorgungsrate sei seit dem Beginn der Offenen Ganztagschule 2005 von damals 40 % auf die heutige Versorgungsrate von 62,5 % kontinuierlich angestiegen. Zu der Frage der rechtlichen Grundlage, auf der die Vergabe der OGS-Plätze basiere, möchte er auf die vom Rat beschlossenen Aufnahmekriterien hinweisen. Zur Höhe der Landesmittel verweise er auf die Tabelle unter Punkt 5 der Vorlage.

[Hinweis der Verwaltung:

Vorlage vom 29.06.2010 und des ABKSS vom 06.07.2010 – Aufnahme in das Außerunterrichtliche Angebot der städtischen Grundschulen. Hier: Festlegung des Verfahrens und der Aufnahmekriterien (Drucksachen-Nr. 0279/2010).]

Herr Komenda möchte noch darauf aufmerksam machen, dass die Stadt die Platzpauschale des Landes aufstocke. Dazu komme ein hohes Engagement der MitarbeiterInnen im Nachmittagsbereich Dies und die hohe Versorgungsrate führten auch zu einem Standortvorteil der Stadt Bergisch Gladbach gegenüber dem Umland.

Frau Scheerer möchte gerne wissen, wie sich der Mindestlohn für die Kräfte im Nachmittagsbereich auswirke.

Herr Pütz erklärt, zur Beantwortung dieser Frage sei man auf Informationen der Träger angewiesen.

[Nachrichtlich FB 5:

Derzeit wird gemeinsam mit den Trägern die Personalsituation hinsichtlich Quantität und Qualität erhoben und auch diese Frage wird dort angesprochen. Zurzeit geht die Verwaltung davon aus, dass der Mindestlohn eingehalten wird.]

Frau Dönmez teilt mit, die Fraktion DIE LINKE. bemängelt die geringe Erhöhung der Anzahl an OGS-Plätzen, obwohl der Bedarf noch sehr hoch sei. Das Argument, es fehle an Räumlichkeiten und an Personal könnten sie nicht gelten lassen. In diesem Falle hätte die Kommune für ausreichend Plätze und Personal zu sorgen. Alleinerziehende Elternteile, die auf Grund eines Losverfahrens

keinen Platz erhielten, hätten dann keine andere Möglichkeit, als ihren Job aufzugeben und seien somit von der Armut bedroht.

Herr Kleine entgegnet, er könne sich nicht vorstellen, dass nach den Aufnahmekriterien eine alleinerziehende Mutter auf einen Platz verzichten müsse und ein „privilegiertes Ehepaar“ evtl. bevorzugt würde. Falls der Fraktion DIE LINKE. konkrete Fälle bekannt seien, empfehle er die Kontaktaufnahme mit der Schulverwaltung bzw. dem Jugendamt zur Lösung dieser Probleme. Er gehe davon aus, dass Härtefälle immer gelöst würden. Einen Generalverdacht zu äußern halte er für nicht konstruktiv. Er finde, mit einer Versorgungsrate von 62,5 % sei man auf einem guten Weg. Diese liege über dem Landesdurchschnitt. Dennoch sollte trotz knapper Kassen eine weitere Steigerung angestrebt werden. Da seien sicherlich alle einer Meinung.

Herr Tollih merkt an, die Versorgungsrate solle von 62,5 % (Stand 20.10.2014) auf 67,5 % und die Anzahl der OGS-Plätze um 100 Plätze steigen. Dagegen sinke die Anzahl der Kinder laut Vorausberechnung gemäß Einwohnermeldedatei um 134 Kinder. Er möchte gerne wissen, woran dies liege.

Herr Pütz antwortet, dies liege an der zurückgehenden Zahl der Grundschul Kinder.

Herr Tollih möchte gerne noch wissen, ob die Kinder aus Flüchtlingsfamilien mit einbezogen seien oder ob diese keinen Anspruch auf einen OGS-Platz hätten. Ferner interessiere ihn, wie sich dies in den letzten Monaten entwickelt habe und wie viele OGS-Plätze in Anspruch genommen würden.

Herr Pütz erklärt, beabsichtigt sei, dass jedes Flüchtlingskind, welches eingeschult werde, auch einen OGS-Platz erhalte und verweist auf die Erläuterung auf Seite 15 der Vorlage bzgl. der Fördersätze. Die Frage nach der Inanspruchnahme müsse schriftlich beantwortet werden.

[Antwort FB 5:

Die Anzahl der Flüchtlingskinder, die eine OGS besuchen, ist derzeit nicht bekannt.]

Herr Neu lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. folgenden Beschlussvorschlag:

Im Schuljahr 2015/16 werden bis zu 2.670 Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen bereitgestellt und gemäß den städtischen Richtlinien gefördert.

9. Anträge der Fraktionen

9.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.02.2014 zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets (SGB II) 0393/2014

Frau Scheerer hat eine Frage zur Situation der Sozialarbeiter. Sie habe vernommen, dass das Land 70 % der Kosten bis 2017 tragen wolle. Sie möchte gerne wissen, ob der Rheinisch-Bergische Kreis die fehlenden 30 % übernehmen würde.

Herr Heimann antwortet, der Rheinisch-Bergische Kreis habe sich Ende 2014 mit dieser Frage beschäftigt. Kommunen, die die Landesmittel in Anspruch nehmen wollten, müssten den fehlenden

Anteil durch Eigenmittel aufbringen. Der Kreis werde die Landesmittel an die betreffenden Kommunen weiterleiten.

Frau Bischoff möchte eine Frage von Frau Lehnert weiterleiten. Bei den Haushaltsberatungen habe man auch über den drohenden Wegfall der BuT-Mittel diskutiert. Aus den Reihen der SPD kam die Anmerkung, dass bei einem Aufbringen von mindestens 50 % der Mittel, der fehlende Betrag über eine EU-Förderung für ein Jahr gedeckt werden könne. Frau Lehnert möchte gerne wissen, ob, obwohl der Rat die kompletten Mittel für die Stadtteilarbeit zur Verfügung gestellt habe, ein Antrag auf EU-Mittel gestellt worden sei.

Herr Neu verspricht eine schriftliche Beantwortung dieser Frage.

[Antwort FB 5:

Ein Antrag auf EU-Mittel wurde nicht gestellt. Das Land Nordrhein-Westfalen hat für die Jahre 2015 bis 2017 Mittel zur Förderung der sozialen Arbeit an Schulen bereitgestellt, mit denen die Kommunen bei ihrer originären Aufgabe, der sozialraumorientierten Jugendarbeit für Bildung und Teilhabe unterstützt werden sollen. Das Land will hiermit die wegfallenden Bundesmittel kompensieren. Für den Rheinisch-Bergischen Kreis können bis zu 60% der Kosten beim Land beantragt werden, 40% müssen als Eigenanteil erbracht werden. Maßnahmebeginn und eine entsprechende rückwirkende Finanzierung ist zum 01.01.2015 möglich. Eine entsprechende Antragstellung für das Jahr 2015 wird zz. von der Verwaltung vorbereitet. Über eine weitere Förderung der vier Sozialraumprojekte in den Jahren 2016 und 2017 wird in den kommenden Haushaltsberatungen entschieden. Auch hier wäre dann eine Landesförderung möglich.]

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

9.2. Antrag auf Untersuchung städtischer Kunstbestände auf NS-Raubkunstverdacht *0056/2015*

Frau Dönmez erläutert den Antrag. Bei der Provenienzforschung handele es sich um die Erforschung der Herkunft von Gemälden. Hier gehe es insbesondere um das Ausfindig machen von „Beutekunst“, also Kunst, die jüdischen Familien während der NS-Zeit entwendet wurde. Anlässlich des „Gurlitt-Falls“ stehe dieses Thema derzeit bundesweit wieder auf der Tagesordnung. Auch die Stadt Bergisch Gladbach solle seine Kunstbestände auf Raubkunstwerke prüfen lassen. Köln habe eine eigene Provenienzstelle geschaffen und untersuche ihre eigenen Gemälde kontinuierlich. Dies könne Bergisch Gladbach nicht. Dafür könne sie aber bei der Stiftung „Deutsches Zentrum Kulturgutverluste“ einen Antrag einreichen und die Bestände überprüfen lassen. Anträge anderer öffentlicher Einrichtungen seien dort bereits eingegangen. Auch die Stadt Bergisch Gladbach sollte einen Antrag stellen.

Frau Dr. Oelschlägel erklärt, die Stadt Bergisch Gladbach habe keine groß gewachsene Kunstsammlung. Werke, die vor 1945 entstanden seien, machten nur einen kleinen Teil der Sammlung aus. Das Kunstmuseum Villa Zanders habe einige Werke aus dem 19. Jahrhundert, die eher von lokaler Bedeutung seien. Die Sammlung umfasse überwiegend Kunst der 50iger Jahre bis heute. Der Aufwand die Bestände auf Provenienzen hin zu untersuchen stehe ihrer Ansicht nach in keinem Verhältnis zu der Wahrscheinlichkeit, dass es sich um „Beutekunst“ handele. Die Sammlung in Bergisch Gladbach sei von der Namenhaftigkeit der Künstler nicht zu vergleichen mit Sammlungen in Köln oder in anderen Häusern. Hundertprozentig könne man es jedoch nicht ausschließen.

Herr Weber schlägt namens der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vor, eine Liste von Kunstwerken vor 1945 zu erstellen.

Frau Dr. Oelschlägel entgegnet, diese ließe sich zwar erstellen, sei aber extrem zeitaufwändig. Da sie dafür keine Zeitkapazitäten habe, müsste diese Aufgabe extern vergeben werden.

Frau Dönmez findet, es gehe nicht um die Größe der Bestände, sondern um die Pflicht der Aufarbeitung. Bei fehlenden Personalressourcen städtischerseits könne man sich an die Stiftung wenden und einen Antrag stellen. Diese habe auch das entsprechende Fachpersonal.

Herr Kleine ist der Auffassung, ohne konkreten Anhaltspunkt und nur auf Grund eines Generalverdachts solle man keinen Antrag stellen. Mit der Antragstellung werde wieder eine bürokratische Lawine losgetreten, die evtl. viele Arbeitsstunden binde. Er schlage vor, bei künftigen Planungen von Ausstellungen verstärkt auf die auszustellenden Kunstwerke zu achten und ggfs. weiter zu recherchieren.

Herr Speer erklärt, der Stadtverband Kultur schließe sich dem Vorschlag von Herrn Kleine an.

Herr Schütz findet auch, es solle erst bei einem konkreten Verdacht nachgeforscht werden. Melde sich ein Nachkomme eines ehemaligen Eigentümers, der ein Kunstwerk z.B. in einem Ausstellungskatalog entdeckt habe, solle man im Einzelfall nachforschen. Er halte den Aufwand, die ganzen Kunstwerke, die evtl. auch noch mehrfach den Besitzer gewechselt haben könnten, zurückzuverfolgen für sehr groß.

Herr Neu lässt über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Untersuchung städtischer Kunstbestände auf NS-Raubkunstverdacht abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **mehrheitlich** bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE. und drei Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden Beschluss:

Der Antrag, die städtischen Kunstbestände auf NS-Raubkunstverdacht zu untersuchen, wird abgelehnt. Die Personalausstattung der Einrichtung „Kunst und Kulturbesitz“ lässt eine Untersuchung zurzeit nicht zu.

9.3. Prüfauftrag an die Verwaltung, Räume des ehemaligen Ratskellers Bensberg als Archiv für das Bergische Museum bereitzustellen
0082/2015

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. folgenden Beschluss:

**Die Stadtverwaltung wird beauftragt, folgenden Sachverhalt zeitnah zu prüfen:
Die Räumlichkeiten des Ratskellers im Bensberger Rathaus werden zurzeit als Archiv für die Fachbereiche 6, 7 und 8 sowie für die Wirtschaftsförderung genutzt. In Anbetracht des bevorstehenden Umzugs des Fachbereichs 7 in das Lübke-Gebäude in Bergisch Gladbach-Heidkamp, soll geprüft werden, ob der freiwerdende Raum im Ratskeller, in dem sich jetzt noch das Archiv des Fachbereich 7 befindet, als Depot-/Archiv- und Werkstattraum für das Bergische Museum geeignet und nutzbar ist.**

10. Anfragen der Ausschussmitglieder

Anfrage von Herrn Schütz

Herr Schütz hat eine Anfrage zur lit.COLOGNE. Er habe gehört, es habe im Rahmen der Vorbereitung der lit.COLOGNE eine Anfrage an die Stadt Bergisch Gladbach gegeben, ob die Stadt Bergisch Gladbach Interesse habe, einige Veranstaltungen im Rahmen der lit.COLOGNE in Bergisch Gladbach durchzuführen. Die Anfragenden hätten dann wohl die Antwort erhalten, es gebe keinen geeigneten Ansprechpartner. Dies wundere ihn. Er möchte gerne wissen, ob es eine entsprechende Anfrage gegeben habe, die abgelehnt worden sei.

Herr Neu sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Neu schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:06 Uhr.